



## KURZVERSION

### **Wir stehen vor einer Dekade der industriellen Erneuerung in unserer Stadt! Gemeinsam die Transformation gestalten!**

#### **Gewerkschaftliche Forderungen für eine gute und nachhaltige Industrie in der Hauptstadtregion**

Die „Zeitenwende“ betrifft auch die Industrie, die sich schon seit Jahren in einem umfassenden Transformationsprozess befindet. Durch die Krisen hat sich der Druck erhöht, Veränderungen umfangreicher und vor allem schneller anzugehen. Das betrifft besonders die Energiewirtschaft und daher die Industrie, die nicht nur auf verlässliche und bezahlbare Energie angewiesen ist, sondern auch den Weg zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Produktion zügiger angehen muss. Die Berliner Industrie kann mit dem Umfeld einer hervorragenden Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in dieser Entwicklung Innovations- und Umsetzungstreiber sein. Zudem ist die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg schon heute DIE Region mit einem hohen Anteil an Erneuerbaren Energien – Tendenz steigend. Nachhaltige grüne Produktion ist in Berlin-Brandenburg möglich.

Die Industrie ist gerade in Zeiten der Krisen resilienter als andere Branchen. Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben haben bei höchsten Anstrengungen und hohen Infektionszahlen in den Betrieben weitergearbeitet.

Gleichzeitig boomen aber seit Jahren auch die Betriebe der Digitalisierungsbranche und viele StartUps in der Stadt. Studien belegen, dass hier rund 120.000 Arbeitsplätze entstanden sind. Dies wertet den Wirtschaftsstandort Berlin in hohem Maße auf und stärkt die damit verzahnten Bereiche der direkten industriellen Wertschöpfung. Denn Berlin ist mit rund 110.000 Industriearbeitsplätzen ein starker und innovativer Industriestandort, der zahlreiche Arbeitsplätze in den industrienahen Dienstleistungen nach sich zieht. Viele Industrieunternehmen sind tarifgebunden und durch mitbestimmte gute Arbeit gekennzeichnet. Vergleichsweise hohe Einkommen in der Industrie sichern wiederum starke Binnenkaufkraft, die sich stabilisierend auf die Dienstleistungsstruktur der Berliner Stadtgesellschaft auswirkt. All das ist nicht selbstverständlich und bedarf tagtäglicher Arbeit und Fokussierung.

Die IGBCE Berlin-Mark Brandenburg und die IG Metall Berlin wollen mit diesem Papier im Vorfeld der Berliner Wahl am 12. Februar 2023 und der darauffolgenden Regierungsbildung deutlich machen, was für eine zukunftsfähige Industrie gebraucht wird, deren Innovationskraft vor allem von motivierten Beschäftigten abhängt. Voraussetzungen dafür sind mehr tarifgebundene Betriebe und stärkere Mitbestimmung – Kernthemen Guter Arbeit! **Wir verstehen uns dabei als zentrale Akteure einer gestalteten Transformation! Wir gestalten Transformation!**

## **Unsere Vorschläge und Erwartungen an den nächsten Senat:**

- **Transformation gestalten:** Modernisierungsschübe in den Organisationsbereichen von IG Metall und IGBCE gab es immer. Diese sind jedoch seit längerem und natürlich besonders zurzeit komplexer und größer als zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Daher bedarf es auch **einer großen Kraftanstrengung aller relevanten Akteure Berlins, um diese sozio-ökonomischen Modernisierungsprozesse im Sinne der Beschäftigten** tatsächlich zu gestalten.
- **Vorhandene Strukturen stärken – Bewährtes wiederaufleben lassen:** Der **Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP)** und auch der **Masterplan Industriestadt Berlin (MPI)** sind bewährte Instrumente, die auch mit einem maßgeblichen Anteil der Gewerkschaften entwickelt wurden. Die Arbeit hier ist für die industrielle Entwicklung von immenser Bedeutung. Diese Formate müssen gestärkt werden, sie müssen schneller in Arbeit und Umsetzung werden, damit die hier besprochenen tiefen Analysen umgehend in der Senatspolitik diskutiert und umgesetzt werden können.
- **Fachkräfte in stetiger Aus- und Weiterbildung:** Ausbildung und Weiterbildung sind für die Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Berliner Industrie die essentielle Währung. Auch lebensbegleitendes Lernen ist eine zentrale Grundlage, um in Zeiten des Fachkräftemangels in der Transformation die Arbeitnehmer/-innen im Betrieb durch Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung zu unterstützen. Der zukünftige Senat sollte hier einen **Schwerpunkt setzen und gezielt in enger Abstimmung mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und den Sozialpartnern zusätzliche Mittel bereitstellen**. Die **Ausbildungsquoten** sind zu niedrig in Berliner Betrieben. Wir fordern, dass die **umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie** eingeführt wird und über tarifvertragliche Öffnungsklauseln ein branchenspezifischer Blick auf die Bedürfnisse der Auszubildenden und der Betriebe ermöglicht wird. Die **Kontakte der Berliner Betriebe direkt zu den Hochschulen müssen ausgebaut werden**, um die strategische Weiterbildung für Facharbeiter/-innen auszubauen.

- **Krisen und Unterstützung:** Die Programme von Bund und Land als Reaktion auf die derzeitigen Krisen sind umfassend. Es gilt dort, wo Prozesse zu kompliziert oder nicht passgenau sind, diese einer ständigen Überprüfung zu unterziehen und mögliche Fehler zu korrigieren. Hierbei sind **klare Ansprachestrukturen auf Senatsebene zwingend erforderlich**. Die Expertise der Sozialpartner ist hier in allen Bereichen hinzuziehen. Hier sehen wir in der alltäglichen Arbeit noch Verbesserungspotenziale.
- **Branchen in den Fokus nehmen:** Wir haben uns im SKIP in der vergangenen Legislatur auf drei zentrale industrielle Branchen bzw. Cluster, die wir in Berlin verstärkt in den Fokus nehmen wollen, geeinigt. **Mobilitätstechnik, industrielle Gesundheitswirtschaft und die Energietechnik** sind die zentralen Wachstumsmotoren unserer Stadt sowie der gesamten Region. Das Ziel muss weiter das Wachstum der Branchen bleiben. Hier müssen wir aber verstärkt nachhaltiges Wachstum vorantreiben. Das betrifft auf der einen Seite die Fragen von Umwelt- und Klimaschutz, auf der anderen Seite aber auch nachhaltiges Wachstum von guter Arbeit mit tarifgebundenen Arbeitsplätzen, in denen die Beschäftigten ihre gesetzlich gegebenen Rechte der Mitbestimmung selbstverständlich wahrnehmen.
- **Stärkung betrieblicher Mitbestimmung:** Wir nehmen im Dienstleistungsbereich verstärkt wahr, dass es zu Union-Busting und der Verhinderungen bzw. Torpedierung von Betriebsratsgründungen kommt. In der Industrie ist das in der Form nicht präsent, aber sehr wohl ansatzweise in kleineren Einheiten wie bspw. in Laborbetrieben oder bei kleineren Zulieferern. **Beschäftigte und Gewerkschaften müssen durch den Senat konsequent zu unterstützt werden und – wenn nötig – muss die Strafverfolgung forciert werden**. Jedes Senatsmitglied, das einen Betrieb besucht, sollte im Vorfeld immer nach Mitbestimmungs- und Tarifvertragsstrukturen bei den Gewerkschaften fragen – und im Idealfall Betriebsräte bei Besuchen einbinden.
- **Stärkung inländischer und europäischer Produktion:** Bereits vor der Corona-Krise gab es Engpässe von lebensnotwendigen Medikamenten wie zum Beispiel Antibiotika durch den Ausfall von ausländischer Produktion und Lieferengpässen. In der Pandemie hat sich dieser Mangel an Produktionskapazitäten und Störungen von Lieferketten bei Grundstoffen für Impfstoffe und weiteren medizinisch notwendigen Artikeln (Masken usw.) noch deutlicher bemerkbar gemacht. **Wir fordern Senat, Sozialpartner und Unternehmen dazu auf, Konzepte und Strukturen für ein konsequentes Re-Shoring (Rückholung) der produzierenden Gesundheitswirtschaft in Deutschland und Europa zu entwickeln**. Berlin eignet sich hierfür im Rahmen des gemeinsamen Gesundheitsclusters mit Brandenburg bestens. Eine **Bundesratsinitiative der neuen Berliner Landesregierung** in diese Richtung kann dabei eine sinnvolle Option sein.

- **Stärkung der industrienahen Digitalwirtschaft:** Im Verbund mit den klassischen produzierenden Betrieben entwickelt sich in Berlin ein wachsendes Cluster an Betrieben in der industrienahen Digitalwirtschaft. Diese Betriebe stehen im direkten Austausch mit den ihnen nahestehenden Produktionsstätten. Dennoch haben sie wie viele andere Start-Ups und Digitalunternehmen oftmals ganz andere Bedarfe, Themen und auch die Beschäftigten haben teilweise eine ganz andere Vorstellung von ihrer Arbeit als ihre Kolleginnen und Kollegen in der Produktion. **Wir fordern einen Ansprechpartner auf Senatsebene, der sich gezielt um diese Wachstumsbetriebe der Zukunft kümmert.** Sie sind die Transmissionsriemen der Transformation in der Produktion.
- **Gewerbegebiete und Wohnflächen nicht gegeneinander ausspielen:** In Berlin entwickelt sich ein handfester Verteilungskampf von Flächen für Gewerbeimmobilien und Wohnungen. Hinzu kommt die Diskussion über den Erhalt von notwendigen Naherholungsgebieten. **Wir erwarten vom zukünftigen Senat, dass dieses Thema höchste Priorität hat und hier innovative Konzepte erarbeitet werden.** Betriebe brauchen Flächen, die Beschäftigten brauchen Wohnungen und erwarten zurecht, dass sie sich in ihrer Freizeit auch wohnortnah erholen können. Wir brauchen Grünflächen in der Stadt, um dem Klimawandel zu begegnen.
- **Industriepolitik für die Klimawende:** Nur mit einer nachhaltigen Industrie kann die Klima- und Energiewende gelingen. In Berlin und Brandenburg kann Industrie perspektivisch CO<sub>2</sub>-neutral produzieren und die Potenziale in Wissenschaft, Forschung und Produktion optimal verzahnen und nutzen. Mit Erneuerbarer Energie und grünem Wasserstoff kann die Hauptstadtregion in vielen Bereichen Benchmark für nachhaltige Produktion werden. Dazu muss **die Berliner Politik mit Brandenburg eine gemeinsame Standort- und Industriepolitik mit einer länderübergreifenden Entscheidungsstruktur schaffen.**
- **Vergabepolitik in den Fokus stellen:** Das Land hat mit der eigenen Vergabepolitik zum Beispiel beim Thema Schienenfahrzeuge für BVG und S-Bahn, wichtige Instrumente zur Steuerung in der Hand. Wir begrüßen die gesetzlichen Entwicklungen zum Beispiel zum Landesvergabelohn und der Tariftreuregelung des jetzigen Senats bei der Vergabepolitik, die maßgeblich auch auf Druck des DGB und seiner Einzelgewerkschaften vorangetrieben wurden. Wir fordern den neu zu wählenden Berliner Senat dazu auf, sich intensiv für ein **Vergabegesetz auf Bundesebene** einzusetzen.
- **Sozialpartnerschaft stärken:** In all den hier genannten Bereichen wollen wir die Sozialpartnerschaft stärken und bieten Unternehmens- und Arbeitgeberverbänden sowie der IHK und HWK wie auch branchenspezifischen Lobby-Vertretungen der Berliner Wirtschaft unsere weitere intensive Zusammenarbeit an, um gemeinsam mit dem neuen Berliner Senat die Industrie in der Stadt zu stärken.

- **Hauptstadtregion neu denken:** Die Zusammenarbeit mit Brandenburg ist für die industrielle Entwicklung Berlins essentiell. Weder die Themen der Betriebe noch die der Beschäftigten machen an den Landesgrenzen halt. Insbesondere bei den Fragen von Infrastruktur und Verkehrspolitik, aber auch bei Fragen der zielgerichteten Wirtschaftsförderung für die Betriebe sehen wir dabei noch ein großes Entwicklungspotential.

Berlin, 7. Februar 2023

Jan Otto  
Erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin

Rolf Erler  
Bezirksleiter IGBCE Berlin-Mark Brandenburg